

(Abg. Kaußsch)

(A) anlassen, diese Werkstätten in Sachsen in ihrer Zahl und in ihrem Umfange zu belassen, wie sie eben sind. Der Reichsbahndirektionsbezirk Dresden ist nicht ein beliebiger sondern einer der größten und vor allem einer der Bezirke, die nicht nur die größte Linienlänge, sondern auch den größten Verkehr haben.

Aber ich befürchte eins: diese Maßnahmen der Reichsbahnhauptverwaltung, die gegen Sachsen mit besonderer Härte und Schärfe durchgeführt werden sollen, scheinen doch noch einen anderen, einen verkehrspolitischen Hintergrund zu haben. Die starke Konkurrenz, die z. B. der Kraftverkehr Freistaat Sachsen durch seine Personellinien wie auch der S.W. durch seine Kraftwagenlinien der Reichsbahn bereitet, dürfte die Reichsbahnhauptverwaltung veranlaßt haben, Sachsen bei der Kürzung der Arbeiterzahlen ganz besonders hart zu bedenken, und ich habe mir sogar sagen lassen, daß eine Partei dieses Hauses plant, bei den Haushaltberatungen Anträge einzubringen, die den Kraftwagenverkehr in Sachsen droffeln sollen. Wenn wir in Sachsen den Kraftverkehr Freistaat Sachsen mit seinem ausgebauten Liniennetz nicht hätten, dann würde sich die Reichsbahn heute in Sachsen genau noch in dem Tempo bewegen wie vor 10, 15 und 20 Jahren. Die gesunde Konkurrenz des Kraftwagens hat endlich auch einmal die Reichsbahn etwas in Bewegung gebracht, und wir wollen die Konkurrenz nicht missen, sondern wollen hoffen, daß es möglich ist, durch diese Konkurrenz auch für unser Land Sachsen Verkehrsverhältnisse zu schaffen, die dieses Industrieland so bitter notwendig braucht.

Wenn ich also unsere Stellung zu dem Antrag Nr. 415 der Kommunisten klarlege, dann sage ich: das sind Forderungen, die die Arbeiterschaft, auch die Eisenbahner, nicht erst seit gestern und heute erhoben haben, es sind Forderungen, die eigentlich Allgemeingut geworden sind. Ja, Herr Siegel, wenn Sie das noch nicht wissen, so liegt das daran, daß Sie eben bloß die „Sächsische Arbeiterstimme“ lesen, Sie müssen auch ein anderes Blatt lesen als die „Arbeiterstimme“ und den „Dresdner Anzeiger“; denn in anderen Blättern steht es drin. Sie haben vorhin den „Deutschen Eisenbahner“ gehabt, aber Sie haben anscheinend außer der Überschrift und dem Suchen nach dem verantwortlichen Redakteur noch nichts weiter daraus entnommen.

Ich sage also, der Antrag der Kommunisten findet unsere Zustimmung, bloß die Adressierung ist nicht die richtige. Der Antrag der Volkspartei bringt das zum Ausdruck, was im gegenwärtigen Stadium vielleicht zum Ausdruck gebracht werden kann. Es handelt sich meiner Auffassung nach jetzt, nachdem die Anträge aus der internen Beratung des Ausschusses B an das Plenum überwiesen wurden, damit sie schnell verabschiedet werden können, damit die Regierung handeln kann und verhandeln soll, nicht darum, einzelne Differenzpunkte herauszustellen, sondern jetzt erst einmal ein Botum auf möglichst breiter Grundlage herbeizuführen, damit der möglichst einheitliche Wille des gesamten Parlaments als Ausdruck des gesamten Volkes der Reichsbahnhauptverwaltung und der Direktion in Dresden übermittelt werden kann. Die gesamte sächsische Bevölkerung steht dahinter, daß die Reichsbahn ihr außerordentlich verderbliches Kürzungsprogramm für Sachsen nicht durchführt, sondern zum mindesten den gegenwärtigen Zustand beläßt. Darüber hinaus erinnere ich die Regierung an früher gefaßte Beschlüsse, auf Reichsbahn und Reichspost einzuwirken, gerade in Zeiten der Krise durch Vergabung von Aufträgen, durch Einstellung

von Arbeitskräften eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Stellvertretender Präsident Dr. Gaardt: Die Aussprache ist geschlossen.

Abgeordneter Siegel (Schlußwort): Ich habe keine Ursache, mich mit Herrn Kaußsch darüber zu unterhalten, ob ein naiver Betriebsrat oder ein überschlaue Redakteur des „Zwickauer Volksblattes“ mehr Bescheid weiß über die Dinge. Die Eisenbahner haben ja die Gelegenheit, meine Rede zu lesen und die Rede des überschlaue Redakteurs Kaußsch. Jedenfalls steht die Frage so, daß das, was ich hier zum Ausdruck gebracht habe, den Tatsachen entspricht, daß aber der Herr Abg. Kaußsch gar nicht den Versuch unternommen hat, den Ursachen nachzugehen, sondern er schweift in die Weite, er versuchte, seine halbe Stunde mit allerlei nebensächlichen Dingen totzuschlagen, aber nicht auf die Dinge einzugehen, die in Wirklichkeit eine Rolle spielen. Weiter stelle ich besonders fest, daß Abg. Kaußsch auch außerordentlich zahm geworden ist, und das ist auch verständlich: wenn man auf dem Wege zur Koalition ist, kann man natürlich keinen anderen Ton anschlagen, da muß man eben die Forderungen der Arbeiterklasse so abtun, wie sie Herr Kaußsch abgetan hat. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Anders kann man das gar nicht behandeln. Bei früheren Anträgen hat Herr Kaußsch noch sehr an die Regierung appelliert, jawohl, den Antrag unterstützt. Heute sagt er: der Antrag ist richtig, die Forderungen sind Forderungen der Arbeiterschaft. Nun gebe ich Herrn Kaußsch einmal den Auftrag, bei den reformistischen Verbandsbönnen zu fragen, ob die Forderungen der 40-Stunden-Woche und 7-Stunden-Tag überhaupt zur Diskussion zugelassen werden. Jawohl, es ist die Forderung der Arbeiterklasse, und hier möchte ich feststellen, daß unser Angriff nicht gilt der freien Gewerkschaft, sondern der Sorte von Bonzokratie, wie Sie einer sind (Lachen b. d. Soz.), und das ist das Entscheidende: nicht der Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften gilt unser Kampf, sondern dieser so stark verfilzten Bonzokratie, wie wir sie in starkem Ausmaße hier im sächsischen Landtage haben, von Arndt bis herunter zum kleinsten Gewerkschaftsführer. Darüber sich mit euch zu unterhalten, ist zwecklos. Die Arbeiter begreifen das zu gut, als daß man das ihnen noch besonders beweisbar machen müßte. (Zurufe b. d. Soz.)

Nun hat Herr Kaußsch gesagt, mit allem großen Tamtam hätte ich hier die Geschichte vorgetragen. Was ich vorgetragen habe, das sind Tatsachen. Ich begreife, daß Herr Kaußsch Wahrheiten mit Tamtam bezeichnen muß, das ist bitter für ihn. Was er gesagt hat, ist dann natürlich der „Schlüssel der Weisheit“! Gerade Herr Kaußsch ist ja derjenige, der sich hier als Kasper des Landtages und der gesamten Arbeiterschaft aufspielt. (Lachen u. Zurufe b. d. Soz.)

Stellvertretender Präsident Dr. Gaardt: Wir kommen zur Abstimmung. Da Punkt 3 des Antrags auf Drucksache Nr. 415 ungefähr übereinstimmt mit dem Antrag Nr. 413, stimmen wir zunächst ab über Nr. 415, Punkt 1 und 2, dann über Nr. 413, durch dessen Annahme sich der Punkt 3 von Nr. 415 erledigen würde.

Wir stimmen zunächst über den Antrag auf **Drucksache Nr. 415, Punkt 1** ab.

Wer dafür ist, bleibe in seiner Verfassung, wer dagegen ist, erhebe sich.

Der Antrag ist abgelehnt. (Die Sozialdemokratische Fraktion erhebt sich erst nach einigem Zögern. — Darüber leb-